

# Lechts oder Rinks?

## ... eine dialogische Orientierung

Anlaß und Hintergrund dieses Zwiegesprächs ist zwar der Zoff in der deutschen LINKEN nach S. Wagenknechts angekündigter Verselbständigung, darüber hinaus sind es aber auch der Zustand und die Aussichten linker Parteien und Politik im Allgemeinen und in Europa.

Von **Wolfgang Streeck** & **Gabriele Matzner**



**Gabriele Matzner:** In Deutschland hat kürzlich Sahra Wagenknecht, langjährige führende Abgeordnete der Partei DIE LINKE, wie schon länger erwartet, die Gründung ihrer eigenen Partei für Jänner 2024, angekündigt. Bei der Vorstellung ihres Vereins zwecks Vorbereitung dieser Partei, des „Bündnis Sahra Wagenknecht-für Vernunft und Gerechtigkeit“, nannte sie als Ziele, grob gesagt: die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit, einer funktionierenden Infrastruktur, Energieversorgung und Mittelstands-Wirtschaft, Abkehr von „ungeregelter Zuwanderung“, von einer „Außenpolitik des erhobenen Zeigefingers“ und der Waffenlieferungen an die Ukraine bzw. Rückkehr zu traditioneller Entspannungspolitik, sowie eine Er-

weiterung des nach ihrer Ansicht verengten „Meinungskorridors“. Was kann man als erste Reaktion auf diese Entwicklung zusammenfassend sagen?

**Wolfgang Streeck:** Man sieht, dass es sich hier nicht lediglich um eine attraktivere Neuaufgabe der alten Linkspartei handelt, sondern um etwas anderes. „Die Linke“ hat sich in den letzten Jahren immer mehr den Grünen anverwandelt, als vermeintlichen Repräsentanten einer fortgeschrittenen post-proletarischen Modernität, und hat dabei den Boden unter den Füßen verloren. Wagenknecht hat sich stets dem Bann der kleinbürgerlich-urbanen Grünen Selbstgerechtigkeit

entzogen und auf den hohen Preis hingewiesen, den die LINKE als Partei ebenso wie die Linke als gesellschaftliche Strömung für ihre Aufnahme in den Verfassungsbogen gezahlt hat – nämlich den Verlust großer Teile ihrer Wählerschaft, die Unfähigkeit, vitale Interessen der Bevölkerung zu verstehen und zu vertreten, und nicht zuletzt die Diskreditierung des Begriffs der „Linken“, mit dem immer mehr Bürger nichts mehr zu verbinden vermochten, was in irgendeiner Weise etwas für sie bedeutet hätte. Die LINKE als Partei wäre auf jeden Fall auch ohne die Neugründung Wagenknechts bei der nächsten Bundestagswahl weit unter fünf Prozent geblieben und aus dem Bundestag geflogen.

**Matzner:** Was genau hat DIE LINKE in den letzten Jahren/Jahrzehnten vielleicht falsch gemacht? Thies Gleiss (gilt als radikaler Links-Denker) erwähnte kürzlich dazu „Beliebigkeit“ der Positionen.

### Position oder Resignation

**Streeck:** Vor allem muss man sich vor Augen führen, dass es der Linkspartei als Opposition nicht auch nur annähernd gelungen ist, die Leichen im Keller des post-Merkel'schen schwarz-grün-rot-gelben Zentrismus zum Gegenstand ernsthafter öffentlicher Diskussion zu machen. Die Armut am unteren Rand der Gesellschaft, zu erkennen daran, dass der bei weitem am stärksten wachsende deutsche Wirtschaftssektor die „Tafeln“ sind, wo Essen an Bedürftige umsonst verteilt wird, den Zerfall der Infrastruktur, der Bahnen und Autobahnbrücken, der Schulen und Kitas, die Unfähigkeit zu einer Migrationspolitik, die von der Bevölkerung akzeptiert werden kann, dann die tugendhafte Zusammenarbeit mit den USA bei der Bekämpfung der deutschen Exportwirtschaft, die bedingungslose Unterstützung der rechtsnationalistischen ukrainischen Regierung bei ihrem Wunsch, der NATO anzugehören und Stellplatz für amerikanische Mittelstreckenraketen zu werden, eine „Zeitenwende“, die darin besteht, unter den Bedingungen der „Schuldenbremse“ die deutschen Kriegsausgaben dauerhaft zu verdoppeln usw. usw. Die Linkspartei, auch weil sie sich gründlich weichgespült präsentieren wollte, ist bei dem Versuch gescheitert, bei diesen und ähnlichen Themen so etwas wie eine Hegemonie über die öffentliche Diskussion zu gewinnen, teilweise auch, weil sie zugelassen hat, dass die AfD sich ihrer konkurrenzlos bemächtigen konnte. Ich verstehe die Wagenknecht'sche Parteigründung als einen Versuch, hier neu anzusetzen, und das hoffentlich erfolgreicher.

**Matzner:** Auch Wagenknecht grenzt sich von der AfD ab (von „Brandmauern“ spricht sie allerdings nicht) und erklärt, insbesondere dieser (nicht nur im Osten) laut Umfragen und tatsächlich beachtlich erfolgreichen Rechts-Partei mit ihrer eigenen Themenwahl Wähler abnehmen zu wollen. Der relativ neue SPÖ-Chef Babler hat Ähnliches in Bezug auf FPÖ-Wähler angekündigt, er wolle sie mittels „klarer Kante“ (übrigens ein sehr un-österreichischer Ausdruck) anlocken, bisher noch erfolglos, wie es scheint. Wie aussichtsreich ist dieses Unterfangen in Deutschland?

**Streeck:** Man muss es versuchen. Die „klare Kante“ der Zentrumsparteien gegen die AfD hat deren Wachstum nicht aufgehalten, wohl im Gegenteil. Den Leuten moralische Vorschriften darüber zu machen, was ihnen einleuchten darf und was ihre Erfahrungen zu sein haben, ihnen den „Diskurs“ mitsamt den dazugehörigen „Narrativen“ vorzuschreiben, hat weithin zur Folge, dass sie das als Freiheitsberaubung und Bevormundung, ja Beleidigung empfinden; dann gilt „Was verboten ist, das macht uns grade scharf“ (Wolf Biermann).

**Matzner:** Wagenknecht will darüber hinaus auch die große Schar der

Immer-Wieder-Nichtwähler anlocken, in Deutschland in der Regel ca. 20-30% des Wahlvolks. Was ist über die Motivation dieser Verweigerer bekannt? Sind sie generell wahl- und/oder demokratie-müde, oder passt ihnen nur die Auswahl nicht, mit der sie im Allgemeinen konfrontiert sind? Wie aussichtsreich wäre das Unterfangen, sie für Wagenknechts Partei zur Wahl zu bringen?

**Streeck:** Die Nichtwähler sind, soweit man weiß, keine einheitliche Gruppe. Unter ihnen sind viele Beinahe-Wähler, die eigentlich gewählt hätten, dann aber den Wahltag vergessen haben, oder das Wetter war zu gut oder zu schlecht. Andere würden wählen, wenn der Stimmzettel für die Briefwahl unaufgefordert direkt nach Hause käme usw. Gemeinsam ist diesen Leuten, dass das Wählen für sie kein emotional signifikantes Ereignis ist. Das gilt auch für die große Anzahl derjenigen, die ihre Wahlentscheidung erst im letzten Moment, gewissermaßen in der Wahlkabine, treffen. Und dann gibt es solche, die für Politik schlechthin keine Zeit haben. Ein Paar, beide im Niedriglohn, mit zwei Kindern oder gar eine sogenannte „alleinerziehende Mutter“ müssen den ganzen Tag lang improvisieren, um alles auf die Reihe zu bekommen, einschließlich der Organisation einer Tour zu den zwei oder drei Supermärkten, die gerade die billigsten Eier oder Papiertaschentücher im Angebot haben. Zu viel Alltag, um Zeit für staatsbürgerliche Pflichten zu haben, deren Erfüllung oder Nichterfüllung für einen selber keinen Unterschied macht. Allerdings gilt nicht: Einmal Nichtwähler, immer Nichtwähler; siehe diejenigen, die lange nicht gewählt haben, seit kurzem aber wieder, weil es jetzt die „Rechtspopulisten“ gibt, die „endlich mal sagen, wie es ist“. Die wiederum bringen andere an die Wahlurne zurück, die nicht wollen, dass die Rechtspopulisten zu stark werden.

### Populismus oder Realismus

**Matzner:** Die angekündigte neue Partei will erstmals zu den Europa-Parlamentswahlen 2024 in den Ring steigen. Weitere Wahltermine über die nächsten ein bis zwei Jahre sind Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Hamburg („Bürgerschaft“). Welche Erfolgchancen hat diese Partei? Insbesondere dann bei den Bundestagswahlen in ca. zwei Jahren? Laut Umfragen könnten es im Osten bis zu 30%, im Westen bis zu 19% sein. Gregor Gysi, der wortgewaltige ehemalige Mitstreiter bei der LINKEN, meinte ja, Wagenknecht sei „naiv“, unterschätze – oder meide – die Mühen der Ebene, die der Aufbau und Zusammenhalt einer neuen Partei mit sich bringe. Außerdem trete sie wohl lieber brillant in Talkshows auf als sich um Kleinkariertes zu kümmern. Ferner werde sie es sozusagen mit ihm zu tun bekommen, der ebenfalls nicht auf den Mund gefallen ist. Hat er recht?

**Streeck:** Das weiß ich nicht. Erfolg ist nicht garantiert, Patentrezepte gibt es hier nicht. Was man weiß ist, dass Gysi, der ja in der SED war, und das nicht schlecht, Wagenknecht nicht mag, die nicht in der SED war, weil die Staatspartei sie wegen ihrer Unangepasstheit nicht wollte. Nun gut. Dafür, dass sein Herz am Kleinkarierten hing, war Gysi übrigens nicht bekannt. Die LINKE hat es jedenfalls auch mit Gysi geschafft, sich herunterzuwirtschaften.

**Matzner:** Wenn man es so sehen will, ist die Linke (auch) in Deutschland längst in verschiedene Parteien aufgegliedert, „gespalten“ bzw. sind ursprünglich linke Themen/Anliegen auf mehrere Parteien verteilt. Auf Bundesebene hat die SPD von 1990 (33,5%) bis 2021 (25,7%) konstant ca 8 % ihrer Wähler verloren, die Grünen, seit 1983 im Bundestag, stiegen von 5 bis ca 9% an (zuletzt, 2021 14,8%), die LINKE, zunächst als PDS seit 1990 im Bundestag, erzielte von anfangs 2,4% bis 9,2% als Höhepunkt 2017 und fiel 2021 auf 4,9% zurück. SPD und

Grüne, beide in der aktuellen „Ampel“ würden laut Umfragen derzeit (Oktober 2023) zusammen kaum über 30 % kommen (bei den Wahlen 2021 waren es 40%). Aufgliederungen, Spaltungen, Schwankungen gab und gibt es natürlich auch im Zentrum und im rechten Spektrum. Dennoch: sind „Linke“ in Deutschland und darüber hinaus besonders anfällig, sich durch Unverträglichkeiten das eigene Wasser abzugra- ben? Und wenn ja, warum?

**Streeck:** Das kann ich nur schwer beurteilen. Über Trotzlisten heißt es, wenn zwei von ihnen beisammen sind, sind mindestens drei Inter- nationale vertreten. Aber nicht alle Linken sind Trotzlisten. Früher, als Linke noch Ideen hatten, gar in Gestalt von „Theorien“, konnte und musste man sich auseinandersetzen, wobei man sich zu oft am Ende lieber „auseinander setzte“. Heute ist man auf der Ideenseite weniger anspruchsvoll, durchaus ähnlich den „konservativen“ Partei- en. Jemand wie Wagenknecht läuft allerdings Gefahr, als Mitstreiter zu viele „intellektuelle“ Linke anzuziehen, die einem „Narzissmus der kleinen Differenzen“ frönen; die würden dann hoffentlich bald ihres Weges gehen, wenn sie feststellen müssten, dass es heute eher um die großen Differenzen gehen muss als um die kleinen.

**Matzner:** Ähnliche Schrumpfungstendenzen der klassischen Linken sind weder neu, noch auf Deutschland beschränkt. Auch in Österreich hat die SPÖ auf Bundesebene seit den 70-er Jahren, als Bruno Kreisky noch absolute Mehrheiten einführte, prozentuell etwa die Hälfte ihrer Wähler und rund 80% ihrer Mitglieder verloren. Die „Parteienland- schaft“ hat sich diversifiziert, in Österreich allerdings eher zugunsten der traditionellen und der radikaleren Rechten. Im linken Spektrum ist, mit Einschränkungen, nur die Grüne Partei zu nennen, die sich themenmäßig als sehr anpassungsfähig erwiesen hat, insbesondere seit sie mit der konservativen ÖVP regiert. Was kann man dazu sagen, sofern man von Deutschland aus diese Entwicklung betrachtet? Ist sie vielleicht für „Linke“ typisch?

### Differenz oder Diskurs

**Streeck:** Richtig ist, dass „linke“ Parteien weltweit an Zustimmung verloren haben und rechte Parteien so gut wie überall im Vormarsch sind. Das muss nicht so bleiben, aber Anzeichen, dass sich das in ab- sehbarer Zeit ändern wird, gibt es nicht. Der Vormarsch der „Rech- ten“ und die Schrumpfung der Linken dürften etwas miteinander zu tun haben. Linke Parteien werden als machtlos gegenüber einer neuen Welle rapider sozialer Modernisierung wahrgenommen, oder gar als Mitläufer bei dieser, als Mit- oder Hinterherläufer bei den Grünen, deren moralischer Führungsanspruch auf dem Weg in eine neue Welt als überheblich und deren Identitätspolitik als Herabsetzung und Ver- such der Zerstörung einer Lebensweise wahrgenommen wird, in der man sich beheimatet fühlt. Die neue Politik geht ans kulturelle Ein- gemachte, an das Selbstwertgefühl vieler, denen sie Respekt und An- erkennung versagt und deren lebensweltliche und staatsbürgerliche Kompetenz sie bestreitet. Die Sozialdemokraten und die wenigen übrig- gebliebenen Parteien links von ihnen erscheinen zu sehr im Bunde mit den grünen identitätspolitischen Kulturkämpfern, als dass man ihnen zutrauen könnte, dass sie einem diese vom Hals halten. Diejenigen, denen man das abnimmt, sind „Rechte“ verschiedener Spielarten, die leben davon.

**Matzner:** Da wie dort scheinen, neben den Verweigerern, die eher rechts-außen positionierten Parteien an Relevanz zu gewinnen. In Österreich „führt“ die FPÖ in Meinungsumfragen seit einiger Zeit mit rund 30%. In Deutschland gewinnt die AfD beharrlich Zulauf. Es scheint, dass das vor allem mit Themen geschieht, die die anderen vernachlässigen, zum Beispiel mit den negativen Folgen von „unkon-

trollierter“ Zuwanderung, Corona-Maßnahmen Sanktionspolitik gegenüber Russland. Stimmt dieser Eindruck? Und stimmt er auch für andere Länder?

**Streeck:** Die konkreten Themen dürften von Land zu Land verschie- den sein. Immer bleibt, dass ein großer Teil der Stammklientel linker Parteien diesen nicht mehr traut, auch weil man sie zunehmend als Sektierer wahrnimmt, die mit dem Leben der wirklichen Menschen keine Verbindung mehr haben. Deshalb macht es auch Sinn, dass Wagenknechts Parteiprojekt sich selbst ausdrücklich nicht als „links“ bezeichnen wird – zumal das, was heute dringend auf der Tagesord- nung steht, nicht die Sozialisierung der Produktionsmittel ist, sondern die Öffnung der politischen Debatte für die heute bestehende, in der Merkelwelt kunstvoll verleugnete Wirklichkeit.

### Meinung oder Neigung

**Matzner:** Das führt natürlich zu der Frage, was ist los mit der Lin- ken, wie immer sie sich jeweils nennt, in Europa? Wenn man etwa die skandinavischen Länder, Frankreich, Italien, Spanien, Polen, Tschechien, Griechenland ins Auge fasst? Liegt es daran, dass die „alten“ linken Parteien wie alle anderen sich ideologisch in der Mitte tummeln, bedacht, die Dogmen des Marktliberalismus nicht in Frage zu stellen? Dass sie, die „Lifestyle-Linken“, die klassischen sozialis- tischen Themen zugunsten von Bobo-Identitäts-Fragen aufgegeben haben oder zumindest vernachlässigen (wie nicht nur Wagenknecht in ihrem Buch lästert). Sind auch sie für „marktkonforme Demokratie“, „humanitäre Interventionen“ und Friedensschaffung mittels Waffen?

**Streeck:** Man kann alle diese Punkte anführen und noch andere. Im Kern aber, denke ich, geht es darum, dass die sozialdemokratische Linke sich gleichzeitig an die Spitze des kapitalistischen Fortschritts stellen und die kleinen Arbeitskraftbesitzer vor dessen Folgen schüt- zen möchte. Das konnte man eine Zeitlang miteinander vereinbaren. Heute aber kommt der Fortschritt in einem Stück, ein Geschenk des Kapitals, an dem man nicht herumbasteln kann, und wo man früher mittels staatlicher Politik die Empfänger noch irgendwie anpassen oder „abfedern“ konnte, geht das heute immer weniger, weshalb im- mer mehr von ihnen durch den Rost und aus der Gesellschaft heraus fallen. Das Ende der Möglichkeit, ja der bloßen Denkbarekeit des so- zialdemokratischen Spagats ist das Ende der Sozialdemokratie wie wir sie kennen.

**Matzner:** Man erinnere sich: in Griechenland führte die links-popu- listische Partei Syriza unter Alexis Tsipras als Anführer und Mi- nisterpräsident 2015-2019 sozialistische Akzente ein, ebenso Jeremy Corbyn als Parteiführer von Labour 2015-2020 in Großbritannien. Beide wurden mehr oder weniger brutal von der Bühne gejagt, auf Linie gebracht, unter kräftiger Beteiligung der Mainstream-Medien. Kürzlich wurde Smer, die Partei des slowakischen populistischen Sozialisten Fico, aus der Europäischen Sozialdemokratischen Ver- einigung ausgeschlossen, noch bevor sie eine Regierung bilden konnte. In einem anderen aktuellen Fall, Spanien, konnte der künftige sozial- demokratische Premier nur mit Hilfe eher fragwürdiger Verbündeter durchstecken. Haben solche Parteien, auch wenn sie authentisch links sind, also keine Chance? Und wie ist die Rolle von Medien und EU zu sehen?

### Verwalten oder Gestalten

**Streeck:** Es ist ein langer Weg, bis wir wissen werden, was heute authentisch links sein und der Internet-Generation als solidarische Lebensweise einleuchten könnte. Man wird beobachten müssen, was Marx „die wirkliche Bewegung“ genannt hat, wie sich im Ungenügen

an Meritokratie, Wettbewerb, Vergeldlichung, individualistischer Vereinsamung so etwas wie eine Gesellschaft wiederherstellt und welches die Kollektive sein werden, in denen und durch die sich dann Solidarität entfalten kann. Das muss aus den Bruchstellen der heutigen kapitalistischen Lebensweise herauswachsen, nicht von oben dekretiert, sondern „vor Ort“ erfahren, wo sich irgendwann, hoffentlich, ein Leben abzeichnen könnte, das attraktiver ist als das coping, hoping, doping und shopping von heute. Wir, die wir die Reste des Sozialismus und die Erinnerung an das sozialistische Projekt verwalten, können anbieten, dabei mitzuhelfen. Wir haben da vielleicht ein paar Dinge beizutragen – wir, aber nicht unsere alten Parteien, denen nach dem Third Way kein Fourth Way mehr eingefallen ist.

**Matzner:** In der Außenpolitik waren Internationalismus, Bemühen um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Entspannung, friedliche Konfliktlösung sozialdemokratische Tradition, die etwa einem Willy Brandt oder einem Bruno Kreisky zentrale Anliegen waren. Heute betreiben die Politiker dieser Parteien – und der Grünen, die einst als Friedenspartei galten – eine an anderen „Werten“ ausgerichtete Politik. Stimmt dieser Eindruck? Ist auch das ein Grund ihres Niedergangs?

**Streeck:** Ja, heute geht es um „die Demokratie“ und ihren globalen Todfeind, „den Autoritarismus“, den sie auslöschen muss, wenn sie nicht selber ausgelöscht werden will – einen existenziellen Feind im Sinne von Carl Schmitt. Diesen gibt es nicht nur außen, sondern auch als Fünfte Kolonne innen; der Krieg wird im Aus- wie Inland geführt, der Feind ist immer derselbe. Es geht nicht um Frieden, um schlaffes Kompromisslertum, es geht um Sieg, um einen Endsieg als Siegfrieden, wie das früher hieß, koste es, was es wolle, dulce et decorum est pro patria mori, auch wenn einem wie Habeck, wenn er das Wort Patriotismus in Verbindung mit Deutschland hört, bekanntlich das Kotzen kommt. Das Ganze nach abgeschafftem Wehrdienst – nota bene für uns, nicht für die Ukrainer, irgendeiner muss ja sterben für „unsere Werte“ (von der Leyen). So kann man versuchen, eine individualistisch und identitätspolitisch zerlegte Gesellschaft dann doch noch im Angesicht des Todes und in der Erfahrung des organisierten Tötens zu integrieren: im Mysterium der Grenzerfahrung des Lebensendes ausgewählter, zu Helden bestimmter junger Männer, vorzugsweise aus den gering verdienenden Klassen.

### Strategie oder Oligarchie

**Matzner:** In der EU, Trägerin des Friedensnobelpreises, wird mit Zustimmung des linken Spektrums Geld zum Ankauf von Waffen zwecks Rettung von Menschenleben gesammelt. Im wieder erstandenen Kalten Krieg erscheint sie als eine Dependance der NATO bzw. Warte- und Auffanglager für neue Mitglieder dieses Militärbündnisses, als Instrument von US-Politik gegenüber Russland und demnächst vielleicht auch China. Ständig steigende Militärausgaben und Energiekosten, die Versorgung Millionen von (ukrainischen) Flüchtlingen/Auswanderern und die Europa zuge dachte Finanzierung eines Wiederaufbaus der Ukraine sind eine enorme Belastung, die nicht ohne Auswirkungen auf Sicherheit, Wohlstand und soziale Dienstleistungen bleibt. Stimmt dieser Eindruck? Wie weit findet diese fast europaweite Politik (Ausnahmen gibt es) die Akzeptanz der Bevölkerungen? Und welchen Einfluss hat das auf die Linke?

**Streeck:** Beim Friedensnobelpreis ist immer daran zu denken, dass auch der notorische Kriegsverbrecher Kissinger sich seiner rühmen könnte, wenn er darauf nicht schamhaft verzichten würde. Ja, der Eindruck stimmt. Was die Bevölkerungen angeht, so sind diese bekanntlich geduldig. Siehe aber Abraham Lincoln: You can fool some

of the people all of the time, and all of the people some of the time, but you can't fool all of the people all of the time. Hoffen wir, dass er recht hat. Dafür spricht, dass es in den nächsten Jahren sehr und sehr spürbar teuer wird für uns, wenn die USA sich Asien zuwenden (pivot to Asia, hieß es bei Obama, auch Friedensnobelpreisträger, zugleich größter Drohnenschütze aller Zeiten) und wir hier in Europa den Krieg in der Ukraine am Laufen bzw. im Gleichgewicht halten müssen. In Deutschland könnte es dazu kommen, dass wir ab 2025 eine Partei im Bundestag haben würden, die uns die Kosten der „wertgebundenen feministischen Außenpolitik“ (Baerbock) so exakt vorrechnet, dass nicht einmal die Frankfurter Allgemeine Zeitung sie uns verschweigen kann.

**Matzner:** Immer wieder heißt es, die Demokratie sei (in Europa) zunehmend gefährdet, zumal immer weniger Menschen sie vorbehaltlos bejahen. Woran liegt diese Skepsis, wenn es sie tatsächlich gibt? Und was könnte man, sollte man dagegen unternehmen?

**Streeck:** Man bejaht ja nicht einfach einen Verfassungstext; so habermasig-kopfig sind Menschen nicht. Man bejaht eine Lebensform, eine Lebensweise, weil man sich in ihr wiederfindet, in sie hineinpasst, weil sie erlebte Bedürfnisse aufnimmt und anerkennt und Wege zu ihrer Befriedigung eröffnet. Eine Demokratie, die nichts sein will als ein Gemischtwarenladen, bei dem der Bürger oder die Bürgerin mittels Stimmzettel etwas bestellen kann – eine Amazon-Demokratie, gewissermaßen – bejaht man nur, solange sie liefert; wenn sie das nicht mehr kann, wandert man ab, zu einem Trump oder so. Und eine Demokratie, die es als ihren Auftrag ansieht, ihren Bürgern deren Lebensweise auszureden oder sie ihnen sogar unmöglich zu machen, wird sowieso als elitär abgelehnt, also als das Gegenteil von Demokratie. Wenn Demokratie überleben soll, dann muss mit ihr eine Erfahrung einhergehen, dass man gemeinsam etwas für alle erreichen kann, und zwar dadurch, dass man nicht nur Rechte hat, sondern auch Pflichten; dass man gemeinsam Verantwortung für ein gemeinsames Leben übernehmen kann und muss. Die Demokratie muss uns davor schützen können, zu dem zu werden, was die Griechen einen *ιδιώτης*, einen *idiotes* nannten – wörtlich: einen Privatmenschen, jemand, der alleine und nur für sich lebt, einen Idioten also. 📍

---

**Wolfgang Streeck**, deutscher Soziologe und Politikwissenschaftler, emeritierter Professor, von 1995 bis 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Letztes (aber vielleicht noch nicht allerletztes) Buch: *Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Berlin: Suhrkamp, 2021.

---

**Gabriele Matzner**, Juristin, österreichische Diplomatin, Autorin, Malerin und Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL.

E-Mail: [gabriele.matzner@gmail.com](mailto:gabriele.matzner@gmail.com)